

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltengasse oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahlen des Gustav Trenkler zum Präsidenten, und des Anton Posselt zum Vize-Präsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg für das Jahr 1863 bestätigt.

Nichtamtlicher Theil.

Rundmachung.

Der 1. Wahlkörper hat heute die Neuwahl von drei Gemeinderäthen vollzogen, indem bei einer Abgabe von 92 Wahlzetteln mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt worden sind:

Hr. Vincenz Sennig, mit 83 Stimmen.

„Johann Mühleisen, mit 60 Stimmen.

In die engere Wahl kommen:

Hr. Leopold Bürger, mit 26 Stimmen.

„Joseph Glasnik, mit 22 Stimmen.

Dieses Wahlergebnis wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Laibach am 26. März 1863.

Von der Wahlkommission des 1. Wahlkörpers.

Zur polnischen Angelegenheit.

Laibach, 26. März.

Bei der polnischen Erhebung hat sich wieder der Erbfehler dieser Nation gezeigt, der sie ganz unfähig macht einen geordneten Staat zu bilden, nämlich die Kleinliche Eifersüchtelei, das Intriguiren gegeneinander, die Parteimutriebe, sowie der Egoismus der Einzelnen, kurz die Uneinigkeit, die den polnischen Landtag sprichwörtlich gemacht hat. Der „Kraukauer Zeitung“ zufolge sagen Langiewicz und sein Adjutant Jedem, der es hören will und nicht hören will, daß man ihm den Gehorsam gekündigt und daß mit Leuten nichts anzufangen sei, welche nicht Stand halten und beim ersten Anprall auseinanderstieben. Erstere Behauptung erhält ihre direkte Bestätigung durch Mieroslawski, den Gegner des Langiewicz, der jetzt wieder in Passy bei Paris spazieren geht und von dort aus einen Protest losgelassen hat. Mieroslawski veröffentlicht zunächst ein Aftenstück vom 25. Jänner d. J., mittelst dessen ihn die provisorische Regierung, „welche den polnischen Aufstand heraufbeschworen“ zur Diktatur berufen und ihm den Oberbefehl über die sämtliche Macht dieses Aufstandes überiragen habe.

„Inzwischen — sagt Mieroslawski am Schlusse seines Protestes — mit schmälichem Mißbrauch meiner Bürgervorsticht mit eiliger Vernichtung des kurzen Augenblickes, wo schwere Krankheit mich zwang, einen sicheren Zufluchtsort zu suchen, mit Hintansetzung des förmlichsten und feierlichsten Aktes der Nationalregierung hat sich Marian Langiewicz am 10. März auf den Bereich einiger Quadratmeilen zum zweiten Diktator der polnischen Nation aufgeworfen.

Ich nehme diese heftige Herausforderung zum Bürgerkrieg nicht an; ich begnüge mich an die Vernunft der Nation zu appelliren, indem ich im Namen der lebenden oder toten Zeugen und Bürgen des Aktes vom 25. Jänner gegen die diesem Akt durch Marian Langiewicz zugesagte Schmach Einspruch thue.“

So liegt denn der ganze Jammer klar zu Tage und es scheint unbegreiflich, wie die Polen, die ihre eigenen Kleinlichen Eifersüchteleien nicht besiegen konnten, zu hoffen vermochten, sie würden die Russen besiegen.

Langiewicz hat kurz vor seinem letzten unglücklichen Kampfe eine Proklamation an den Adel des Palatinates Sandomir erlassen, die nach der mittler-

weise eingetretenen Katastrophe zwar ihre Bedeutung verloren hat, aber insofern bemerkenswerth ist, als sie zwei gerade von polnischer Seite aufgestellte Behauptungen umstößt: nämlich, daß die Insurrektion durch die Regierung hervorgerufen worden sei, und dann, daß die Bewegung alle Klassen der Nation umfasse. Die Proklamation konstatirt vielmehr, daß die Vorbereitungen zu der Revolte schon von zwei Jahren her datiren, und daß weder der Adel noch die Bauern sich an derselben betheiligten. Wenn Langiewicz weiterhin die Regierung beschuldigt, daß sie die Bauern gegen die Grundeigenthümer aufstachle, so ist ihm wahrscheinlich das Rundschreiben unbekannt geblieben, das die Regierung an die Zivil- und Militär-Behörden erlassen hat, und in welchem diesen anbefohlen wird, darüber zu wachen, daß die Bauern in ihrem Eifer sich nicht Gewaltthatigkeiten gegen die Insurgenten erlauben, und daß die Kommunal-Behörden solche Vorgänge verhindern sollen.

Auf das Gerücht im französischen Senat über die polnische Frage ist rasch die That gefolgt. Der Kaiser der Franzosen hat nämlich in dem durch den „Moniteur“ veröffentlichten Schreiben an Villault den Erklärungen desselben im Senate seine Nachsanktion gegeben. Die Erklärungen Villaults sind nun die des Kaisers. Die Polen haben Nichts zu hoffen, der europäischen Friede hat Nichts zu fürchten. Er hat Nichts zu fürchten für jetzt, er hat Nichts zu fürchten wegen der polnischen Krisis.

Die „Times“ erklären, daß England für die Polen nicht Krieg führen könne, aber es dürste der Zeitpunkt bald eintreten, wo England den Polen ohne Gefahr für den Frieden die größten Dienste leisten könne.

Unzweifelhaft also ist, die polnische Frage ist eingefahrt; und Polen? Es wird noch lange dauern, ehe es von Rußland pacifizirt wird.

Aus dem Landtage.

Laibach, 26. März.

Die Frage, ob die Geschwornengerichte in Krain einzuführen seien, bildete das Hauptmoment der heutigen Verhandlung unserer Landesvertretung. Ueber die Zweckmäßigkeit des Geschworneninstituts sind schon zahllose Abhandlungen geschrieben, zahllose Reden gehalten worden; es haben sich Parteien gebildet, von denen die eine sich unbedingt dafür, die andere sich unbedingt dagegen ausspricht. Die Bedenken, welche die Gegner anführen, sind sehr gewichtiger Natur; hört man sie, so wird man leicht veranlaßt, den Schwurgerichten die Zweckmäßigkeit abzuspochen. Die Gründe, welche die Verfechter der Jury aufstellen, sind dagegen wieder so eindringlicher Art, daß man nicht begreifen kann, wie Männer von Geist und liberaler Gesinnung gegen ein Institut eifern können, das so volksthümlich und von so großer Wirkung auf die sittlichen Zustände und die Rechtsanschauungen der Bevölkerung ist.

Ganz diesen Eindruck machte die heutige Debatte im Landtage. Der als ausgezeichnete Jurist bekannte Abg. v. Strahl sprach sich so entschieden gegen die Einführung der Geschwornengerichte aus, er machte so gewichtige Einwendungen dagegen, er sprach so klar, daß man inne wurde, es war seine vollste Ueberzeugung, für die er in die Schranken trat. Der Abg. v. Pysallern entfaltete in seiner Rede gegen das Geschworneninstitut sein glänzend oratorisches Talent, und beleuchtete die Frage in einer Weise, die dem Antragsteller die Widerlegung nicht gerade leicht machte. Beide Reden enthielten so ziemlich die Summe aller der Gründe, welche von gelehrten Juristen gegen die Jury im Allgemeinen geltend gemacht worden sind.

Mit besonderer Wärme vertheidigte Abg. Loman

seinen Antrag gegen die erhobenen Bedenken und in theilweise glücklicher Wendung verwandelte er einige der dagegen vorgebrachten Argumente in Beweise, welche dafür sprachen.

Allein, erst dem Berichterstatter Suppan gelang es die hervorragendsten Gegenstände so zu bekämpfen, daß das Resultat der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft erschien. Er betonte vor Allem, daß die Fragestellung für die Geschwornen diese oft zu Verdikten verleihe, die als unrichtig bezeichnet würden und von den Gegnern der Jury bei Bekämpfung derselben benützt werden; ferner führte er das wichtigste Argument vor, daß nämlich in Ländern, wo die Geschwornengerichte schon länger eingeführt sind, die Fälle, welche vor denselben verwiesen sind, sehr abgenommen haben, wie z. B. in Baiern, was mithin ein schlagender Beweis für die Zweckmäßigkeit des Instituts ist.

Die Frage, ob es jetzt schon an der Zeit sei, die Geschwornengerichte in Krain einzuführen, ward mit einer merkwürdigen Subtilität behandelt; man erging sich mehr im Allgemeinen. Die günstige Entscheidung für den Ausschussantrag war zum Theil Folge der Ansicht, der krainische Landtag dürfe nicht illiberaler sein, als die Landtage der andern Kronländer, welche sich schon für die Einführung der Jury ausgesprochen haben. In dieser Hinsicht müssen wir den heutigen Beschluß des Hauses als einen glücklichen bezeichnen.

35. Sitzung des krainischen Landtages am 26. März.

Vorsitzender: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter v. Wurzbach. K. k. Regierungskommissär: Herr Landesrath Roth.

Abg. Suppan als Referent liest den Bericht des Ausschusses, und stellt im Hinblick auf den §. 18 lit. b der Landesordnung den Antrag:

„Die hohe Staatsregierung wolle wo möglich in der nächsten Reichsraths-Session eine Straf-Prozess-Ordnung mit Aufnahme der Geschwornengerichte für die schweren Privatverbrechen, ferner für alle Verbrechen und Vergehen politischer Natur, sowie für alle durch Druckschriften begangenen strafbaren Handlungen zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen.“

Präsident verliest eine vom Abg. Kapelle eingebrachte, von vielen Abgeordneten unterzeichnete Interpellation: ob die Regierung geneigt sei mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die projektierte Eisenbahn von Karstadt nach Fiume der Kulpa entlang geführt, und so das südöstliche Krain in das Bahnnetz gezogen werde.

Regierungsrath Roth bemerkt hierauf, bis jetzt sei der Regierung von einer dahingehenden Unterhandlung nichts bekannt.

Es folgt nun die dritte Lesung des Straßenaufwärtungsgesetzes, und wird dasselbe angenommen. Hierauf kommt der Comitébericht über den Tomann'schen Antrag bezüglich der Einführung der Schwurgerichte zur Verhandlung.

Abg. v. Strahl spricht gegen diesen Antrag, indem er die Geschwornengerichte als in der abstrakten Idee als vortrefflich, in der Praxis aber als dem Zwecke nicht entsprechend bezeichnet. Er stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag wird unterstützt. Abg. Loman widerlegt die Aeußerungen des Abg. v. Strahl.

Wir werden die ganze interessante Debatte nächstens nach dem stenographischen Berichte geben und beschränken uns heute nur auf kurzes Referat.

Abg. v. Apfalter spricht sich in einer längeren Rede prinzipiell gegen die Geschwornengerichte aus.

Ferner sprach Abg. Bleiweis für, Abg. Kromer gegen den Antrag.

Abg. Suppan als Berichterstatter spricht in überzeugender Weise für den Ausschußantrag, indem er aller, gegen das Institut der Geschwornengerichte von den Abg. v. Strahl und v. Apfalter erhobenen Einwendungen als nicht stichhaltig zurückweist.

Der Präsident läßt mit Namensaufruf abstimmen. Der Antrag des Abg. v. Strahl wird mit 18 gegen 10 Stimmen verworfen, und der Ausschuß-Bericht angenommen.

Für den Antrag v. Strahl's stimmten: Baron v. Apfalter, Graf O. Auerberg, Brolich, Golob, Zombart, Koren, Koßler, Kromer, Dech. Toman, v. Strahl.

Dagegen stimmten: Ambrosch, Bleiweis, Capelle, Deschmann, Gutmann, Klement, Langer, Loker, Lufmann, Mulley, Rossmann, Sagor, Skedl, Suppan, Toman, Wilber, Baron A. Jois, Baron M. Jois.

Als dritter Gegenstand der Tagesordnung folgt nun der Antrag des Landesausschusses in Betreff der von der Kommune Triest für die in den dortigen Wohlthätigkeitsanstalten verpflegten Geborenen und Findelkinder aus Krain erhobenen Ersatzansprüche.

Abg. Bleiweis liest den Ausschußbericht und motivirt ihn durch eine Skizze der mit Triest gepflogenen Verhandlung über diesen Gegenstand. Der Antrag des Landesausschusses lautet:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landtag in Krain lehnt die von dem Landesausschusse respektive der Stadtgemeinde Triest für die in der Triester Gebärungsanstalt aufgenommenen, nach Krain zuständigen Schwangeren, sowie für die von solchen Müttern der Findelanstalt übergebenen oder in die offene Findelwinde hinterlegten Kinder an den krainischen Landesfond gestellten Ersatzansprüche pro praeterito, aber auch für die Zukunft insoweit ab, als das gegenwärtige Prinzip der Findel- und Gebärungsanstalten aufrecht erhalten wird.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

Nächste Sitzung: morgen. — Tagesordnung: Antrag über eine Nachtragsdotations aus dem Grund-Entlastungsfond für die Bedürfnisse der Servitut-Ablösungskommissionen; Antrag bezüglich des Brücken-Baus bei Gurkfeld; Gesetz über das Moorbrennen; Personalien.

34. Sitzung des krainischen Landtages

am 25. März.

Auf der Tagesordnung steht das Gesetz betreffend das Schulpatronat und die Erhaltung der Schulpflichtigkeiten.

Abg. Deschmann, als Berichterstatter, schildert, bevor er zur Erstattung des Ausschußberichtes schreitet, die Entwicklung des Volksschulwesens in Krain. Er sagt, er wolle nicht bis zur Reformation zurückgehen, zu welcher Zeit vortreffliche Schulen in Laibach und Gurkfeld gegründet worden waren, er wolle auch die späteren Jahre übergehen, als gute, aber nicht für's Volk, sondern für einzelne bevorzugte Klassen berechnete höhere Schulen bestanden, er beginne mit der Zeit Maria Theresia's und Josef II. Damals sei Graf Torris nach Krain geschickt worden, um das Volksschulwesen einzurichten. Derselbe habe 5 Hauptschulen vorgeschlagen; allein, er sei auf Opposition beim Volk und bei den Ständen gestoßen. Dem Berichte Torris' zufolge sei Lesen und Schreiben als zum Uebel führend betrachtet worden, und als die Schule in Laibach in's Leben trat, sei Anfangs nur Gesinde erschienen, weil die besseren Stände es unter ihrer Würde gehalten hätten, diese Schule von ihren Kindern besuchen zu lassen. Dennoch habe das Volksschulwesen allmählich Fortschritte gemacht, was besonders den vom Kaiser Josef erlassenen Maßregeln zuzuschreiben gewesen sei. Die wichtigste Maßregel, die heute noch nicht vollständig erfüllt sei, war, daß bei jeder Pfarre eine Schule bestanden solle. Diese Bestimmung gelte noch heute, und das sei der beste Beweis für die Vortrefflichkeit der Josephinischen Anordnungen. Später habe Bischof Raimacher einen großen Einfluß auf die Entwicklung des Volksschulwesens geübt. 1848 sei dasselbe in eine neue Phase getreten, und später in dem oft erwähnten Wachschen Winter habe es manches kräftige Pflänzchen getrieben, wie die Periode von 1850 bis 1860 lehre. In dieser Zeit seien nicht weniger als 64 neue Schulen entstanden. Seit 1860 sei jedoch ein Rückschlag eingetreten. Die Bezirksämter hätten vergessen, die Vorschriften des Schulrathes Močnik zur Ausführung zu bringen. Redner gibt nun eine Statistik der Schulen in Krain, und sagt, es sei Aufgabe des Landtages, die Volksschule, die Pflanzstätte der

Staatsbürger in seine Obhut zu nehmen. Er hoffe von dem Einvernehmen zwischen Regierung und Landtag den besten Erfolg. Redner verliest nun den Bericht des Ausschusses, in welchem folgende Punkte erörtert werden: 1) Die Entstehung des gesetzlichen Schulpatronats, 2) die Beziehungen der einstigen Grundobrigkeiten zu den Kosten der Volksschule, 3) die Beitragseinstellungen des krainischen Normalschul-Fondes für die Lokalitäten der Volksschulen. Das Resultat ist, daß der Ausschuß die Hauptpositionen der Regierungsvorlage annahm.

Der Herr Landeshauptmann eröffnet die Generaldebatte.

Abg. Suppan spricht gegen das in der Regierungsvorlage enthaltene Prinzip, die Schulpatronate aufzuheben, meint, man dürfe sich ohne Entschädigung keines Rechtes begeben. Er habe sich bezüglich der Kirchenpatronate für die Ablösung ausgesprochen, er würde dieß auch bezüglich der Schulpatronate thun, wenn er es nicht für besser halte, daß die Verpflichtungen der Patrone so lange aufrecht erhalten würden, bis die Verhältnisse des Patronats durch ein Reichsgesetz geregelt seien. Er beantragt, in die Beratung des Gesetzes nicht einzugehen, bis nicht das Reichsgesetz über die Patronate erschienen sei.

Abg. Mulley unterstützt diesen Antrag.

Abg. Kromer theilt nicht Suppan's Ansicht; er meint, wenn man das Gesetz nicht votire, so entziehe man der Gemeinde das Recht, das Patronat zu üben, was doch für die Entwicklung der Schulen nothwendig sei. Er finde keinen Grund, der für Ablehnung des Gesetzes spräche.

Abg. Toman spricht für Suppan's Antrag.

Es sprechen dann nochmals die Abgeordneten Suppan, Kromer und Toman.

Regierungsrath Roth kann nicht begreifen, wie Abg. Suppan im Prinzip einverstanden sein, und doch die Vertagung beantragen könne. Die jetzigen Verhältnisse seien schwankend, größere Bauten könnten nicht vorgenommen werden, weil die Patrone sich weigerten, Beiträge zu leisten. Die Regierung, welche das Unhaltbare dieser Zustände eingesehen, beabsichtige eine Regelung, und habe die Sache in die Hände des Landtages gelegt. Es würde das Volksschulwesen nur fördern, wenn das Gesetz zu Stande komme; eine Ablehnung sei gegen die Interessen des Landes und der Gemeinden. Andere Kronländer hätten das Gesetz schon votirt, und er rathe dieß dem Hause auch zu thun an.

Abg. Deschmann widerlegt die Bedenken Suppan's und die Einwürfe Toman's. Wenn die Schulpatronate erhalten blieben, so müßte die Regierung wieder diktatorisch verfahren, wenn die Pflege der Volksschulen nicht erstarkt werden soll. Er führt an, daß Verhandlungen mit den Patronen oft so lange gedauert hätten, daß das von der Gemeinde schon gekaufte Bauholz mittlerweile verkauft sei. Es läge im Interesse der Gemeinden, derartige Schwierigkeiten zu beseitigen. Er beantragt Verwerfung des Suppan'schen Antrags.

Das Haus erklärt sich gegen den Suppan'schen Antrag.

Präsident eröffnet nun die Spezialdebatte.

§ 1 lautet: „Das lediglich im Geseze gegründete Schulpatronat hat sammt allen damit verbundenen Rechten und Pflichten zu entfallen, es wäre denn, daß die Betheiligten ein Einverständnis über die Aufrechterhaltung desselben treffen.“

Schulpatronate, welche auf anderen Titeln beruhen, bleiben aufrecht.“

Abg. Suppan stellt den Antrag, es möge im Prinzip ausgesprochen werden, daß das im Geseze gegründete Schulpatronat bis zu dessen Ablösung fortzubestehen habe. Wenn der Antrag angenommen werde, so habe das Gesetz an den Ausschuß zur nochmaligen Stylisirung zurückzugehen.

Abg. Deschmann sagt, dieser Antrag dürfe nicht zur Abstimmung kommen, weil es der frühere Antrag Suppan's, nur in anderer Form sei. Es sei ein vertagender Antrag.

Gegen den Antrag sprechen Kromer, der Herr Regierungskommissär und der Berichterstatter.

§ 1 wird angenommen.

§ 2 lautet: „Die durch die Ministerial-Verordnung vom 15. Dezember 1848, Reichsgesetzblatt Nr. 28, aufrecht erhaltene Verpflichtung der ehemaligen Grundobrigkeiten als solcher zur Beistellung des Bedienungsholzes für die Volksschulen wird, soweit sie lediglich im Geseze gegründet ist, gleichfalls als aufgehoben erklärt.“

Sonstige jährliche Leistungen an Geld und Naturalien, welche einzelne Personen, Kirchen oder Körperschaften unabhängig von der Patronatspflicht zu Schulzwecken beizutragen haben, bleiben durch das gegenwärtige Gesetz unberührt.“

Abg. Toman will die Verpflichtung der ehemaligen Grundobrigkeiten als Servitut behandelt wissen, und beantragt gänzliche Streichung des Artikels 1 des Paragraphs.

Regierungsrath Roth sagt, die Verpflichtung der ehemaligen Grundobrigkeiten wurzele in Verhältnissen, die nicht mehr bestünden, weshalb auch die damit verbundenen Lasten zu entfallen hätten.

Gegen Toman sprechen noch Kromer und der Berichterstatter.

§ 2 wird angenommen nach dem Ausschußantrage, beßgleichen die §§. 3—6.

§ 7 der Regierungsvorlage lautet: „Bei denjenigen Knaben- und Mädchenschulen, mit denen künftig vollständige Lehrerbildungsanstalten verbunden werden sollten, hat der Normalschulfond den dritten Theil der Kosten zu tragen.“

Hierzu hatte der Ausschuß nach dem Worte „sollte“ hinzugefügt „so wie bei den Hauptschulen in Neustadt und Adelsberg“ — und hatte dann als Alinea 2 folgen lassen: „Für die Hauptschule in Jorita, für die Mädchenschulen der Ursulinerinnen in Laibach und Laß hat die Beitragspflicht der öffentlichen Fonde in der bisherigen Uebung fortzubestehen.“

Abg. Toman meint, daß nicht nur für die genannten Schulen, sondern auch für die Schulen anderer Städte und Märkte vom Normalschulfond mehr gethan werden solle, und wünscht, daß dieß als Prinzip in dem §. 7 ausgesprochen werde. Er beantragt daher den Paragraph an den Ausschuß zurückzugeben, damit er ihn anders stylisire.

Regierungsrath Roth bemerkt, wenn Zuflüsse für die Schulen in Adelsberg und Neustadt erschlossen, so kam es daher, weil dieselben Kreishauptschulen waren. Damals hatte Krain eine Einteilung, die nicht mehr besteht, weshalb der Grund zur Begünstigung der beiden, nun einfach zu Lokalschulen gewordenen Schulen, entfalle. Der Normalschulfond ist passiv, er bedarf der Subvention des Herrars, die der Reichsrath künftig vielleicht nicht bewilligen werde; den Fond noch mehr zu belasten, sei nicht anzurathen. In der Regierungsvorlage sind nur Lehrerbildungsanstalten berücksichtigt, weil sie ein allgemeines Interesse haben. Er beantragt Weglassung aller vom Ausschusse gemachten Zusätze.

Abg. Toman bezeichnet die Finanzlage des Reichs als das Motiv, welches den Herrn Regierungskommissär gegen seinen Antrag zu sprechen bestimmt habe. Allein, wenn man trotzdem für auswärtige Vereine, Bauten u. so viel beisteure, so sollte man doch auch Rücksicht auf das Inland nehmen, und Krain verdiene eine Rücksicht. Hätte man mit dem Normalschulfond besser gewirthschaftet, so wäre er nicht passiv.

Es sprechen noch der Abg. Kromer, der Herr Regierungsrath Roth und dann der Berichterstatter Deschmann. Letzterer sagt, die Regierung beabsichtige die Volksschulen nur als Landesanstalten zu behandeln, für welche aus Reichsmitteln nichts gegeben werde. Der Ausschuß habe aber geglaubt, die einmal normirten Zuschüsse aufrecht zu erhalten. Bezüglich der früheren schlechten Gebarung des Normalschulfondes ist er mit Toman einverstanden. Er sagt, wenn die Regierung Alles auf die Schultern des Landes wälzen wolle, so habe das Land auch das Recht zu verlangen, daß der Normalschulfond geregelt und das ersetzt werde, was durch Mißverwaltung verloren ging. Bei den Gaben des Staates für auswärtige Zwecke sei die Politik maßgebend; die Regierung sei es oft ihrer politischen Stellung schuldig, etwas zu thun, das könnte hier nicht in Betracht kommen. Er rath zur Annahme des Ausschußantrags, weil §. 7 der Regierungsvorlage in Krain nie zur Anwendung kommen werde.

Der Antrag Toman's, den Paragraph nochmals an den Ausschuß zu verweisen, wird angenommen.

Die §§. 8—18, aus denen das ganze Gesetz besteht, werden hierauf angenommen.

Schluß der Sitzung.

31. Sitzung des krainischen Landtages

am 21. März.

Gemeinde-Wahlordnung.

Erstes Hauptstück.

Von der Wahl des Gemeinde-Ausschusses.

Erster Abschnitt.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

(Fortsetzung.)

§. 4. Das Wahlrecht ist in der Regel persönlich auszuüben.

Hievon bestehen folgende Ausnahmen:

1. Nicht eigenberechtigte Personen üben durch ihre Vertreter, die in ehelicher Gemeinschaft lebende Gattin durch ihren Ehegatten, andere eigenberechtigte Fremdenpersonen durch einen Bevollmächtigten das Wahlrecht aus;

2. dienende Offiziere und Militärparteien mit Offizierstitel, welche zu den im §. 17 der Gemeinde-

Ordnung erwähnten Gemeindegliedern gehören, können ihr Wahlrecht nur durch Bevollmächtigte ausüben;

3. Personen, welche zur Besorgung von Gemeinde- oder anderen öffentlichen Geschäften von der Gemeinde abwesend sind, können zur Ausübung des Wahlrechtes einen Bevollmächtigten bestellen.

Ebenso können

4. die Besitzer einer in der Gemeinde gelegenen Realität oder einer in der Gemeinde betriebenen Gewerksunternehmung, wenn sie in einer andern Gemeinde ansässig sind, ihren bestellten Verwalter oder Geschäftsleiter zur Ausübung des Wahlrechtes in ihrem Namen ermächtigen.

5. Der Staat, das Land und die öffentlichen Fonds werden als Grund- oder Hausbesitzer oder Inhaber einer Gewerksunternehmung bei Ausübung des Wahlrechtes durch die von dem bezüglichen Verwaltungsorgane bestellte Person vertreten.

6. Korporationen, Vereine und Gesellschaften üben ihr Wahlrecht durch diejenigen Personen, welche sie nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Bestimmungen nach Außen zu vertreten berufen sind, oder durch einen Bevollmächtigten aus.

7. Die Mitbesitzer einer steuerpflichtigen Realität haben nur Eine Stimme. Sind sie in ehelicher Gemeinschaft lebende Eheleute, so übt der Ehemann das Wahlrecht aus. Sonst haben sie Einen aus ihnen oder einen Dritten zur Ausübung des Wahlrechtes zu bevollmächtigen.

8. Nur eigenberechtigte österreichische Staatsbürger, denen keiner der im §. 3 sub a) b) und c) angeführten Ausschließungsgründe entgegensteht, können als Bevollmächtigte oder Vertreter das Wahlrecht eines Anderen in dessen Namen ausüben. Der Bevollmächtigte darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten, und muß eine in gesetzlicher Form ausgestellte Vollmacht vorweisen.

Die Annahme einer solchen steht der Ausübung seines eigenen Wahlrechtes nicht im Wege.

9. Wählbar als Ausschub- oder Ersatzmänner sind nur diejenigen Gemeindeglieder männlichen Geschlechtes, welche wahlberechtigt sind, das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, und im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befinden.

10. Ausgenommen von der Wählbarkeit sind:

1. die Bediensteten der Gemeinde, so lange sie sich im wirklichen Dienste derselben befinden;
2. Personen, welche eine Armenversorgung genießen, in einem Gesindeverbande stehen, oder wie Tagelöhner oder gewerbliche Gehilfen einen selbstständigen Erwerb nicht haben.

11. Ausgeschlossen von der Wählbarkeit sind außer den im §. 3 sub a) b) und c) Genannten:

- a) Personen, welche eines aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit verübten Vergehens;
- b) einer aus Gewinnsucht begangenen oder einer in den §§. 501, 504, 511, 512 und 516 St. G. B. enthaltenen Uebertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit schuldig erkannt worden sind;
- c) Personen, über deren Vermögen der Konkurs oder das Ausgleichsverfahren eröffnet wurde, so lange die Crida- oder Ausgleichs-Verhandlung dauert, und nach deren Beendigung, wenn der Verschuldete des im §. 486 St. G. B. bezeichneten Vergehens schuldig erklärt worden ist;
- d) Personen, welche wegen eines aus Gewinnsucht verübten Disziplinarvergehens ihres öffentlichen Amtes oder Dienstes entsetzt worden sind.

Werden ohne Debatte angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenz.

Wien, 25. März.

-d. Seit dem Uebertritte des Diktators Langiewicz auf österreichischen Boden signalisiren unsere Kursberichte wieder eine „angenehmere Stimmung.“ Doch sind es nicht die finanziellen Kreise allein, auf welche diese Bemerkung beschränkt werden muß. Auch außer denselben herrscht seit jenem Momente eine „angenehme Stimmung.“ Und dieß zwar aus einem zweifachen Grunde. Für das Erste, weil man die Ueberzeugung hat, daß diese neueste Phase der polnischen Insurrektion die Verlegenheiten der wohlwollenden Großmächte vermindern, zugleich aber einer übelwollenden Großmacht den Ausgangspunkt zur tendentiösen Aktion benehmen würde. Denn nicht die Vorgänge in Polen selber, nicht die Bedrohung der Grenze, nicht die Eventualitäten im eigenen Lande waren es, welche die öffentliche Stimmung beunruhigten, sondern die möglichen Komplikationen, welche an entgegengesetzter Seite hervorgerufen und zum Ausgangspunkte erneuter und unerwünschter Aktion reifen konnten, beeinflussten dieselbe in so bedenklicher Weise. Zudem kommt aber noch, daß durch diese neueste Phase alle Angaben über den Umfang der Insurrektion in Polen selber korrigirt, auf ihr wahres

Maß zurückgeführt wurden. Man hat mehr als ein Mal die Situation, wie sie durch den Rücktritt des Diktators geschaffen wurde, mit der Lage Italiens in den Tagen von Aspromonte verglichen. Eines aber scheint man mir hierbei nicht scharf genug betont zu haben. Nämlich der Umstand, daß das Aufreten Langiewicz's und jenes Garibaldi's willkürlich oder unwillkürlich zum Zübler, zum Gradmesser für die Revolution selber ward. In Polen, wie in Italien glaubte man, daß es nur des Kennens eines Namens bedurfte, um das ganze Land zum Ergreifen der Waffen zu bewegen. Hier, wie dort hat man sich hierin einer argen Täuschung hingegeben. In Polen, wie in Italien hat die von den Revolutionscomités in's Leben gerufene Diktatur die Reihen der Aufständischen auch nicht um Einen Mann verstärkt. Ich kann nicht umhin bei dieser Gelegenheit auf eine Bemerkung zurückzukommen, welche ich bereits vor Wochen in diesen Blättern machte. Der polnische Aufstand hat während seiner ganzen Dauer die, stets zur Revolution bereiten Mittelklassen der Bevölkerung nicht überschritten. Der Bauer hielt sich von derselben stets fern, ja trat ihr sogar theilweise feindlich entgegen. Beweis dafür, daß die übergetretenen Insurgenten selbst einstimmig erklären: das Wohlwollen der Landleute für den Aufstand sei ganz einfach eine Fabel. Sie, die Insurgenten, hätten so wenig auf die Landbevölkerung rechnen können, daß eine sehr detaillirte Landkarte ihr einziger Kompaß gewesen wäre. Ja noch mehr aus Podolien wird gemeldet, daß die russische Polizei an den Bauern eine Aushilfe finde, indem sie dieselben mit vielem Erfolge für ihre Dienste verwende. Was hier von Kongresspolen und Podolien durch die Betroffenen selbst ganz unzweifelhaft festgestellt wird, das gilt nicht weniger von — andern Theilen Polens.

In der gestrigen Sitzung unseres Landtages wurden die Wahlen für den Reichsrath vorgenommen. Es wird ihren Lesern bereits bekannt sein, daß Dr. J. N. Berger mit 36 unter 62 Stimmen, Graf Kinsky mit 39 unter 60 Stimmen gewählt wurden. Von den beiden Gewählten tritt die Persönlichkeit des Dr. Berger in den Vordergrund. Bekanntlich erschien seine Wahl bereits in der ersten Session nahezu unzweifelhaft, als die leidige Affaire Berger-Schusjka, welche ihre Schatten sogar in die offene Straße warf, die Wahl in den Augen der Majorität gefährdete. Nichtsdestoweniger hat das Hervorgehen seines Namens in diesem Momente ein wenig überrascht. Ich glaube vor Allem aus dem Grunde, weil eben ein Ersatzmann für Pillersdorf zu wählen war und Pillersdorf bekanntlich mit Dr. Wiser aus Oberösterreich sich in die Vermittlerrolle im Hause theilte. Dazu erschien aber nun Niemand weniger berufen, als die so entschiedene und scharf ausgeprägte Natur Dr. Bergers. Sein ganzes politisches Vorleben kennzeichnet Dr. Berger als ausgesprochenen Großdeutschen, Großösterreicher und Liberalen. Seine Form ist etwas scharf und eckig, und er verschmäh die Phrase, wenn er sich auch nur ungern einen guten Witz entgehen läßt. Dieses Verschmäh der Phrase war es wohl auch, was ihn, abgesehen von allen Uebrigen, unserem Landtage als willkommenen Kandidaten erscheinen ließ. Beweis dafür, daß Schusjka, den man in der ersten Session für einen ebenbürtigen Gegner Berger's hielt, diesmal nur 3 Stimmen erhielt, während auf Dr. Jelder 20 fielen. Was einige Journale über eine der Wahl vorhergegangene Unterzeichnung von Punktationen Seitens des Dr. Berger erzählen, findet hier, ob mit Recht oder Unrecht, mag dahin gestellt bleiben, keinen Glauben. Heute Nachmittag um 5 Uhr gibt der Landesmarschall Dr. Zelinka den Landtagsabgeordneten im Hotel „Munich“ ein Diner.

In den finanziellen Kreisen wird es als eine merkwürdig glückliche Thatsache bezeichnet, daß, trotzdem an unserer Börse stets neue Gerüchte über eine bevorstehende Finanzoperation, respektive Emission von Papieren auftauchen, die Anlegung der Fonds sich immer auffallender von den Industriepapieren ab- und den Staatspapieren zuwenden, wodurch diese, so wie Komptanten allein einen höheren Kurs annehmen. Einige Unregelmäßigkeiten, welche sich in Bezug auf das erste Spielpapier der Kreditaktien geltend machten, sollen, so behauptet man, nicht wenig hierzu beigetragen haben. Die dadurch Betroffenen machen ihrem Aerger hierüber in sehr energischer und persönlicher Weise Luft.

Oesterreich.

Wien. Für das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes sind 24 in den verschiedenen Landtagen zu vollziehende Nachwahlen nothwendig geworden. Es sind nämlich fünf Abgeordnete (Goelbacher, Dr. H. R. Fischer, Greibitz v. Pillersdorf, Schrebel und Graf Ugarte) gestorben, dreizehn Abgeordnete (Graf Brenner, Abt Bernhard, Graf Glam, Dr. A. Fischer, Dr. Hauschild, Dr. Helzel, Macchiedo, Graf Mitrowsky, Graf No-

*) aus der Wahlurne.

itz, Stiegel, Proskowetz, Wieser und Graf Wrba hatten ihre Mandate niedergelegt, ein Abgeordneter (Graf Althan) ist ins Herrenhaus berufen worden; ein Abgeordneter (Nebrecki) ist wegen Ausbleibens seines Mandats verlustig geworden, und vier Abgeordnete (Dr. Dietl, Dr. Kerer, Girardelli und Porenta) haben, da sie nicht mehr Landtags-Abgeordnete sind, aufgehört Reichsraths-Abgeordnete zu sein, indem zwei davon (Dr. Dietl und Dr. Kerer) nicht mehr ihre Würde als Universitäts-Rektoren bekleiden, kraft deren sie Virilstimmen im Landtage führen, und indem die beiden anderen (Girardelli und Porenta) ihre Mandate von dem nun aufgelösten Triester Municipium erhalten haben. Für diese also erledigten 24 offenen Sitze im engeren Reichsrathe sind bis jetzt 18 Nachwahlen vollzogen worden: zwei im niederösterreichischen, zwei im oberösterreichischen, vier im mährischen, sieben im böhmischen, eine im Narktner, eine im Tiroler und eine im dalmatinischen Landtage, während sechs Nachwahlen noch nicht vorgenommen wurden, zwei, weil der galizische Landtag vertagt war, und vier, weil die Regierung nicht der Ansicht zu sein scheint, daß das Mandat eines Reichsraths-Abgeordneten nur so lange gültig ist, als derselbe auch Landtagsmitglied ist.

Großbritannien.

London, 21. März. Am Donnerstag Abend hat auf der Themse bei Blackwall ein schrecklicher Kampf stattgefunden. Die Soldaten der peruanischen Korvette Arica, welche dort zur Ausrüstung liegt, waren auf dem Lande gewesen und als sie, zum größten Theil betrunken, zurückkehrten, weigerten sie sich den an sie ergangenen Befehlen zu gehorchen. Die Matrosen wurden herzugelassen und beauftragt, auf dem Verdeck zu räumen und die Widerspenstigen in Sicherheit zu bringen. Nun begann ein wilder Kampf, der Kapitän wurde herbeigerufen, und sprang, wie er ankam, mit seinem Hirschfänger in der Hand unter die Reuterer, ihm nach die Matrosen. Erst nach einem ziemlich lange dauernden Handgemenge wurde der Aufruhr unterdrückt. Ein Offizier war in's Wasser gestürzt und ertrunken, zwei Soldaten lagen todt auf dem Verdeck, andere waren gefährlich verwundet; einige fehlende sind vermutlich ertrunken. Die Anführer der Meuterei wurden gefesselt. Der biesige peruanische Gesandte und der Konsul begaben sich auf's Schiff, um die Untersuchung anzustellen.

Tagesbericht.

Laibach, 27. März.

Der Schluß unserer Landtagsession soll, wie wir hören, nächsten Dienstag, den 31. d. M., stattfinden.

— Gestern fand im Hotel „Elefant“ ein Diner der Landtagsabgeordneten zu Ehren des Herrn Landeshauptmanns Baron Codelli Statt.

— Am 30. April findet die Ersatzwahl für den Landtagsabgeordneten Pinder, welcher bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, Statt.

— In der am 24. d. M. stattgehabten engern Wahl des II. Wahlkörpers für den Gemeinderath wurde der k. k. Landesgerichtsrath Herr J. Brolich gewählt.

— Vorigen Dienstag ward im Rosenbacher Walde ein Mann gefunden, der sich mit seinem Halstuche an einem Baume erhängt hatte. Es war ein Drechslergeselle aus Wien, den wahrscheinlich Trunksucht und Noth zum Selbstmord getrieben.

— Vor einigen Tagen verunglückte hier am Reber ein kleines, 14 Monate altes Kind, das zur Mutter, welche am Herde kochte, lief, dort einen Topf umstieß und verärgert verbrüht wurde, daß es bald darauf starb.

Wien, 24. März.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Dalmatien soll neuern Bestimmungen zufolge erst Mitte April stattfinden.

Nach dem ausgegebenen Hof-Ceremoniel werden Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin am Osterfesten allen kirchlichen Feierlichkeiten in der kaiserlichen Hofburg-Pfarrkirche beizubehalten. Die Abreise Ihrer Majestäten nach Dalmatien und Venedig ist somit verschoben worden.

— Vorgestern erfolgte die Abreise des Grafen Guido Thun-Hohenstein nach St. Petersburg, um dort die Leitung der österreichischen Gesandtschaftsgeschäfte interimistisch zu übernehmen. In Betreff des Nachfolgers des Grafen Friedrich Thun als k. k. Gesandter am k. russischen Hofe hat sich die Aufmerksamkeit der diplomatischen Kreise in erster Linie auf den Grafen Karolyi, dormalen österreichischer Gesandter in Berlin, gelenkt.

— Der schlesische Landtag wurde nach Beendigung aller Geschäfte gestern mit einem begeisterten Hoch auf Sr. Majestät geschlossen.

Aus den Landtagen.

Graz, 24. März. Graf Lamberg begründet seinen Antrag auf Auswechslung der Taxobligationen in gewöhnliche. Ueber Bericht des Landesauschusses wird beschlossen, es sei das allgemeine Krankenhaus in Graz vom Lande zu übernehmen. Der Antrag des Dr. Haffner auf Erwirkung einer Abänderung des Verzehrungssteuergesetzes dahin, daß bei der Einführung des bereits am Lande bei der Tödtung versteuerten Schlachtwiehs und Fleisches in Orten höherer Klassen die bezahlte Steuer in die zu entrichtenden höheren Lokalgebühren einzurechnen sei, wird über Bericht des Landesauschusses angenommen. Hierauf Erledigung einer Reihe von Präliminarpunkten nach Bericht des Finanzauschusses.

Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Committeebericht über den Antrag wegen Revision des Vertrages mit der Südbahn.

Klagenfurt, 24. März. Die Wahl eines Abgeordneten für den Reichsrath und eines Mitgliedes für den Landesauschuß wurde auf den 28. anberaumt. Die Petition der evangelischen Seniors wegen selbstständiger Vertretung im Landtage wurde abgelehnt, wobei alle Redner den Grundsatz aussprachen, daß die Protestanten Kärntens in ihren Rechten nicht werden gefährdet werden; ferner wurde der Antrag auf Erwirkung eines Reichsgesetzes, wodurch die Rechte der Gemeinde, der Kirche, des Landes und des Staates in Bezug auf den Schulunterricht geregelt werden sollen, angenommen und die Verathung einer Dienstbotenordnung auf die nächste Session vertagt. Zum Schluß der Sitzung war eine Verathung zum Vorhufe der Besetzung der Beamtenstellen.

Linz, 24. März. Schwarz und Genossen bringen einen Antrag ein auf Erlassung eines Reichsgesetzes, betreffend die definitive Regelung der Heimatsverhältnisse. Das vom Landesauschuß vorgelegte Straßenkonkurrenzgesetz wird mit einigen Abänderungen in erster Lesung angenommen. Auf Antrag des betreffenden Comité beschließt der Landtag: Das Ministerium sei anzugehen, ein allgemeines Gesetz bezüglich des Bettel- und Vagabundenwesens im verfassungsmäßigen Wege zur Vorlage zu bringen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Leoben, 24. März. In der heutigen Landtagssitzung wurde der Gesetzentwurf über die Landes-

verteidigungsordnung für Tirol und Vorarlberg vom Comité eingebracht; er umfaßt 53 Paragraphen.

Prag, 24. März. In der heutigen Sitzung wurde die Spezialdebatte über das Gemeindegesez fortgesetzt. Die SS. 56 bis 85 wurden nach dem Kommissionsantrage angenommen.

Brünn, 24. März. Für den Reichsrath wurden gewählt aus dem Großgrundbesitz: Graf Wrba, Baron Eichhof und Klein; für die Landgemeinden: Proskowetz. Hierauf dritte Lesung der Vorschläge und Genehmigung von Rechnungsabschlüssen. Die Debatte über das Straßenkonkurrenzgesetz hat begonnen.

Troppau, 24. März. Nach Erledigung der noch auf der Tagesordnung stehenden zwei Gegenstände, nämlich Bewilligung höherer Gemeindeumlagen an vier Gemeinden und mehrerer Petitionen ergriff Senator Schneider das Wort, um im Namen der Versammlung dem Landeshauptmann den Dank des Hauses für die würdige Leitung der Verhandlungen auszusprechen. Der Landeshauptmann Graf Parisch-Mönich schloß die Session mit der Erklärung, daß dieser Landtag seine Pflichten redlich erfüllt habe und auf sein Wirken stolz sein könne, er erwähnt lobend die Freundlichkeit des Vertreters der Regierung und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf Sr. Majestät, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Turin, 24. März. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer kündigte Minghetti die aus Gesundheitsrücksichten erfolgte Demission Farini's und seine eigene Ernennung für die Präsidentschaft an. Pasolini hat seine Entlassung aus persönlichen, der Politik fremden Motiven eingebracht. Der General-Sekretär Visconti-Venosta ist zum Minister des Aeußern ernannt worden.

Turin, 25. März. „Opinione“ meldet, Sella habe das Marineportefeuille nicht angenommen. Die Kammer debattirte über den vom Deputierten Cairoli beantragten Gesetzentwurf wegen der Naturalisation der italienischen Emigranten. Das Ministerium hat die von der Kommission adoptirten Modifikationen angenommen.

Paris, 25. März. „France“ bringt einen vom Redaktions-Sekretär unterzeichneten Artikel, welcher versichert, Fürst Metternich habe von Wien Versiche-

rungen überbracht, welche auf eine billige Lösung der polnischen Frage zu hoffen ermächtigen. Das Wiener Kabinet scheint geneigt in die diplomatische Aktion einzutreten, indem es der Initiative Frankreichs seinen Beistand leiht. Man möge nicht überrascht sein, bereits die Aussichten auf einen Kongreß sich eröffnen zu sehen, welcher alle Mächte vereinigen wird, welche die Wiener Kongressakte unterzeichnet haben.

London, 26. März. Die heutige „Times“ sagt: Prinz Wilhelm von Sonderburg-Glücksburg wurde für den griech. Thron vorgeschlagen.

London, 24. März. (Nachts). In der heutigen Sitzung des Oberhauses erwiderte Earl Russell auf eine Interpellation Shaftesbury's, der französische Gesandte in St. Petersburg habe die Herausgabe der beiden von Preußen ausgelieferten polnischen Studenten verlangt. Der englische Gesandte am russischen Hofe habe die Hoffnung ausgedrückt, Rußland werde dies gewähren. Bezüglich sonstiger in Preußen vorgenommener Verhaftungen von Polen ist dem Grafen Russell nichts bekannt. Bright überreicht (im Unterhause) eine Petition, die Regierung möge das Auslaufen von 40, angeblich für die Konföderirten bestimmten, Fahrzeugen verhindern.

Kopenhagen, 25. März. Russel schlug den dänischen Prinzen Wilhelm für den griechischen Thron vor. Frankreich und Rußland unterstützen den Vorschlag. (Es gibt zwei Prinzen Wilhelm von Holstein-Sonderburg-Glücksburg: der eine, Sohn des Prinzen Christian, ist 1845 geboren und dient in der dänischen Marine, der andere, geb. 1816, ist österr. und dänischer Generalmajor.)

New-York, 14. März. Der Senat wurde vertagt. Cassius Clay wurde als Gesandter in Rußland bestätigt. Chase ist in New-York angekommen, um eine neue Anleihe von 150 Millionen abzuschließen. Man glaubt, Lincoln werde nächstens eine Vermehrung des Heeres fordern. Es heißt, die Konföderirten bewaffneten am Rappahannock die Regier. Gerüchte verlauten über eine Schlacht am Flusse Yazoo. Die Unionisten sollen 7000 Gefangene gemacht und 8 Transportschiffe genommen haben.

Theater.

Heute, vorlesende Vorstellung: „Faust“, Tragödie in 5 Aufzügen, von Göthe.

Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmahr & Fedor Bamberg. — Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmahr.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 26. März 1863.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 76.—	Silber 111 35
5% Nat.-Ant. 81.35	London 112.—
Banquettien . . 797.	A. L. Dufaten . . 535.—
Kreditaktien . . 211.20	

Fremden-Anzeige.

Den 24. März 1863.

Hr. Heller, Kaufmann, von Alba. — Hr. Gotschka, Kaufmann, von Triest. — Hr. Salecki, Verlehrs-Revisor, von Wien.

Den 25. Popovics, Kaufmann, von Pansova. — Die Herren: Ruschel, und — Ruhn, Kaufleute, von Wien. — Hr. Berger, Handelsmann, von Olmütz. — Hr. Lewisohn, Handelsmann, von Hamburg. — Laszkowizh, Handelsmann, von Pest. — Hr. Matura, von Wien. — Hr. Hamborg, von Halle a/S. — Hr. Rassevsky, von Ungarn. — Hr. Detella, Beamter, von Gotscher.

3. 626. (1)

Die Spezerei-, Material-, Wein- und Delikatessen-Handlung

Johann Klebel in Laibach

empfiehlt für die **Ostern**, als: beste geräucherte eckte **Grazer Schinken**, **Zungen** und **Kaiserfleisch**, russ. **Caviar**, holl. **Vollhäringe**, **Sardinen**, mar. **Aale**, **Thonfische**, schönste ausgesuchte süße **Mandeln**, **Rosinen**, **Weinbeeren**, **Ziweben**, **Datteln**, die beliebtesten **Käse**, Gattungen, dann frischen krummstängigen **Samen** von nicht franz. **Luzerner-Inkarnat** und **Esparsett-Klee**, **Honig**, **Kanarien**, **Reih** und **Thymotheus-Gras**, so wie auch echte **Glycerin-Präparate**, als: **Cremé**, trockene und flüssige **Seife**; nebst allen übrigen zu benutzenden Artikeln in reichster Auswahl zu billigsten Preisen.

3. 623. (1)

P. T. Kaufliebhaber,

welche sich in Steiermark ankaufen wollen, empfehlen wir die soeben in Druck herausgegebene Brochüre des **J. A. Aichmayr's Handels- und Realitätenverkehrs: Comptoir am Postplatz Nr. 178 in Graz**, welche mehr als 200 Seiten füllend, die Details über fast alle derzeit in Steiermark verkäuflichen Realitäten nachweist.

Dieses reichhaltige Tableau kann gegen Erlag der Druckkosten von nur 20 fr. aus unserm Zeitungsverlage bezogen werden.

3. 537. (3)

Anzeige.

Gefertigter dankt den **P. T.** geehrten Abnehmern für das ihm bis jetzt geschenkte Zutrauen und beehrt sich zugleich, hiemit ergebenst anzuzeigen, daß er ein großes Sortiment von den in neuester Art und Façon gefertigten **Frühlings-Handschirmen**, als: **Madeira** — **Hundertjohrige** (zum Doppeltumlegen) und **En tout-cas-Schirme** aus in- und ausländischen Stoffen, in jeder beliebigen Größe, nebst allen andern Gattungen von **Sonnenschirmen**, so wie verschiedene **Seiden**- und **Baumwoll-Regenschirme** am Lager habe, womit er sich dem verehrten Publikum bestens empfiehlt.

Auch übernimmt er das **Ueberziehen**, wozu sich in großer **Auswahl** verschiedenartige Stoffe bei ihm befinden; das **Repariren** und **Eintauschen**, und verspricht prompte und billige Bedienung.

Laibach, im März 1863.



Verkaufs-Magazin von Sonnen- und Seiden-Regenschirmen
befindet sich im **1. Stock**, gassenwärts.

L. Mikusch,

Sonnen- und Regenschirm-Fabrikant am Hauptplatz Nr. 235.